

halbiert, Schreibstuben und Tröb fallen weg. Der Chef soll nicht über Akten sitzen, sondern draußen im Gelände ausbilden und im Manöver nach dem preußisch-israelischen Grundsatz „Mir nach“ führen.

Auch die Bataillone werden schlanker — und damit beweglicher und schneller. Sie übernehmen in Zukunft zwar die Verwaltungsarbeit der Kompaniechefs, werden aber personell und materiell abgespeckt. Wie viele Panzer sie wirklich brauchen, wird seit dem 1. Juli in fünf der 36 Heeresbrigaden erprobt. Selbst Schatten-Wehrminister Manfred Wörner (CDU) applaudiert: „Kampfkraft nach vorne, Ausbildung und Verwaltung nach hinten: Im Prinzip gefällt mir das.“

Eckpfeiler der Verteidigung bleiben auch im nächsten Jahrzehnt die Brigaden. Ihre vier (bisher drei) Bataillone sollen fähig sein, ein schnell wechselndes Gefecht mit Artillerie-Unterstützung allein und selbständig zu führen. Die Divisions- und Korpstruppen sollen nur dort eingreifen, wo die Lage brenzlich wird: mit Aufklärungs-Regimentern und Pionierbataillonen, mit schwerer Artillerie und Flächenfeuerwaffen, mit Transport- und Panzerabwehr-Hubschraubern.

Des Heeresinspektors Dauerpredigt heißt Waffenverbund: Nicht mehr Panzer allein, sondern nur das enge Zusammenwirken von Kampfwagen, Raketen, Infanterie, Artillerie und Flugabwehr bringen dem Verteidiger den Erfolg. Hildebrandt: „Nur in der optimalen gegenseitigen Ergänzung kann im Gefecht höchste Kampfkraft erzielt werden.“ Schnelle Panzervorstöße à la Rommel sind passé.

BILDUNG

Tür zu

Ein Stück Chancengleichheit im Bildungswesen wird beseitigt. Die Kultusminister haben Fachhochschülern den Übergang auf die Universität — bislang als verwirklichte Reform gefeiert — weitgehend versperrt.

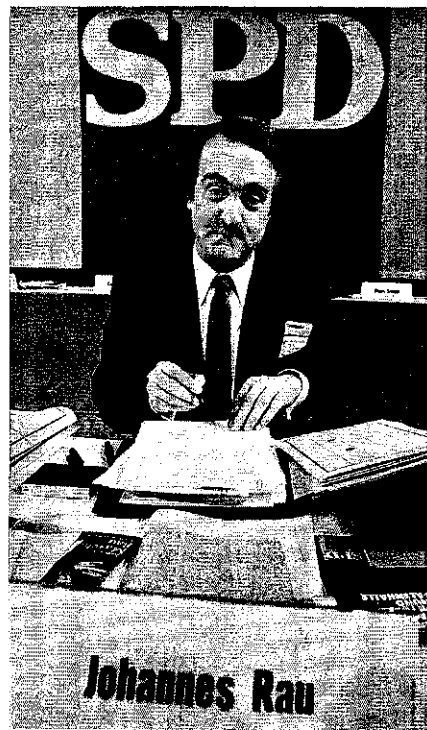
Der Besuch einer Fachhochschule, so hatte Nordrhein-Westfalens Wissenschaftsminister Johannes Rau der leistungswilligen Landesjugend noch im Mai versichert, ebne den Weg nach oben. Denn „die bestandene Abschlußprüfung“, stand in Raus Schüler-Broschüre „Roter Faden“, „berechtigt zum Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule“.

Doch den Weg zur Universität, den der Düsseldorfer SPD-Politiker wies, hatte er zu dieser Zeit längst selbst verlegt. Vier Wochen zuvor war Rau gemeinsam mit seinen Ressortkollegen von der Ständigen Konferenz der Kultusminister übereingekommen, künftig Fachhochschulabsolventen den Cam-

pus mittels minimaler Zulassungsquoten weitgehend zu sperren.

Der bislang kaum bekannte Blockade-Beschluß trifft 163 000 Lernende und generell eine Bildungsstätte, die als Muster fortschrittlicher Hochschulpolitik galt — Demonstrationsobjekt für die von Reformern beschworene Chancengleichheit und Durchlässigkeit.

Denn anders als bei der Universität haben an den 61 Fachhochschulen der Bundesrepublik auch Haupt- und Realschüler Zutritt, wenn sie sich dafür an besonderen berufsbildenden Schulen qualifizieren. Und daß in den letzten Jahren in den Universitäten der Anteil der Arbeiterkinder ständig stieg, lag weniger an der breiteren Streuung gymnasialer Bildung als daran, daß je-



Johannes Rau
Bildungsreformer Rau
Aufsteigern den Weg versperrt

der dritte Fachhochschüler nach seinem Examen dort weiterlernte.

Die Durchsteige an Gymnasium und Abitur vorbei war konservativen Kultuspolitikern lange schon suspekt. Daß aber nun auch sozialliberale Reformer in das Wehklagen über den „Mißbrauch der Fachhochschule als sprachentreies Ersatzgymnasium“ einfallen, hat neben der Furcht vor einer Akademikerschwemme in den nächsten zehn Jahren ganz aktuelle Gründe.

Des Bundeskanzlers Wahl-Hit von der Öffnung der Universitäten für alle Abiturienten läßt sich nur dann verkaufen, wenn in den Hörsälen auf Kosten der Fachhochschüler Platz geschaffen wird. Wissenschaftsminister Rau: „Gegenwärtig ist die Chancengleichheit der Generationen ein weitaus größeres Problem als die Chancengleichheit des einzelnen.“

Diese pauschale Betrachtung allerdings bringt auch dem einzelnen Vorteile, vorausgesetzt, er hat Abitur. Denn die Kultusminister begründeten die Aussperrung unter anderem damit, daß einige Fachhochschüler, wie ein rheinischer Bildungsreformer erläutert, zu findig waren: „Da besteht einer die Eingangsprüfung an einer Werkkunstschule im Zeichnen, studiert sechs Semester, ist hochbegabt im Zeichnen und schafft die Graduierung als Designer mit 1,0, und anschließend studiert er Medizin, weil er bei der Zulassung mit 1,0 in den Computer eingeht.“

Künftig nicht mehr. In allen harten NC-Fächern wie Medizin, Zahnmedizin und Pharmazie dürfen vom Wintersemester 1977/78 an nur noch zwei Prozent der Studienplätze an der Universität, in allen übrigen Fächern mit Zulassungsbeschränkungen drei Prozent der Plätze an Fachhochschüler vergeben werden. Und dies auch nur dann, wenn es sich um eine „sinnvolle Ergänzung“ des Erststudiums handelt.

„Vom nächsten Jahr an kann nur noch jeder zwanzigste Fachhochschüler weiterstudieren“, kalkuliert der Senat der Bielefelder Fachhochschule. Und der Bielefelder Asta brachte — zusammen mit einem Aufruf zum bundesweiten Fachhochschülerstreik — die Empörung auf die Formel: „Man hat uns in eine Sackgasse gekockt und die Tür vor der Nase zugeschlagen.“

Minister Rau hält solche Vorwürfe für „Panikmache“. „Wer bereits wie die Fachhochschüler eine Berufsqualifikation hat, dem müssen wir die Frage zumuten, ob er, ehe er weiterstudieren kann, sich nicht zuerst einmal im Beruf bewährt.“

Das jedoch ist gar nicht so leicht. Ursache des Umstands, daß sich ein Drittel aller Fachhochschüler mit einem Examen als graduiertem Ingenieur oder Betriebswirt nicht zufriedengibt, ist unter anderem die bescheidene Berufsaussicht. Und selbst bei besserer Lage auf dem Arbeitsmarkt bliebe doch der Brauch des öffentlichen Dienstes wie der Wirtschaft, Fachhochschüler als Akademiker zweiter Wahl einzustufen — und zu bezahlen.

So honoriert das Beamtenrecht ein Hochschul-Diplom mit einer Besoldung im höheren Dienst (Fachhochschüler: gehobener Dienst). Kleiner Unterschied: monatlich mehrere hundert Mark — die bei noch so guter Leistung nicht mehr zu holen sind.

Daß der Sog zur Universität, dem Fachhochschüler wie Abiturienten unterliegen, gerechter mit einer Änderung des Beamtenrechtes zu beseitigen wäre als mit der Demontage eines Stückchens Chancengleichheit, weiß auch Sozialdemokrat Rau: „Das ist doch das Dilemma der Bildungspolitik.“

Nur, gegen die Beamten läßt sich keine Wahl gewinnen; gegen Fachhochschüler schon eher. ♦